

Beruhigung in zwei Orten

Rudersberg Das Landratsamt erlaubt Tempo-30-Zonen. Eine Entwicklungsstudie wird kontrovers debattiert. *Von Oliver Hillinger*

Für Bürgermeister Martin Kaufmann ist es „ein wichtiges Signal für die geplante Verkehrskonzeption“: Das Landratsamt hat der Gemeinde erlaubt, in den Ortsmitten von Rudersberg und dem südlichen Teilort Schlechtbach Tempo 30 auszuweisen. Die Regelung soll vom 1. Mai an gelten. Der wichtige Schritt sei ihm „nach gut einem Jahr langwieriger Verhandlungen mit dem Innenministerium und dem Landratsamt gelungen“, hält sich der Rudersberger Schultes selbst zugute. Der Verkehr werde dadurch nicht nur beruhigt, sondern auch sicherer.

Die neuen Limits betreffen zwei Engstellen in den Ortsdurchfahrten: In Schlechtbach die s-förmige Ortsdurchfahrt sowie in Rudersberg der Abschnitt zwischen einem Blumengeschäft in der Backnanger Straße bis zum Gemeindehaus in der Dr.-Hockertz-Straße. Das Stuttgarter Regierungspräsidium habe diese Beschränkung auf der Landesstraße nur akzeptiert, wenn sich die Länge des Tempolimits „auf die unbedingt nötige Ausdehnung beschränke“, heißt es aus dem Landratsamt. Grund für die Zustimmung sei die Verkehrssicherheit in den historisch gewachsenen Ortsdurchfahrten.

Auch wenn man sich im Rudersberger Rathaus dem Ziel Verkehrsberuhigung näher wöhnt, sind konkrete bauliche Veränderungen zurzeit nicht geplant. Zunächst wolle man mit dem Lärmaktionsplan weitere Tempolimits erreichen, heißt es aus dem Rathaus. Auch wolle man auf eine andere Beschilderung hinwirken, die den Verkehr von Backnang nach Schorndorf nicht mehr durch Rudersberg leitete.

Mit dem Ratsschlag des Verkehrsplaners Jochen Richard, die Umgestaltung auch städtebaulich umzusetzen, tut sich der Rudersberger Gemeinderat indes schwer. Erst nach längerer Debatte ist am Dienstag das Projekt „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ in Auftrag gegeben worden, dessen Kosten in Höhe von 48 000 Euro das Umweltministerium zur Hälfte trägt. Mitglieder der CDU und der Freien Wähler hatten sich daran gestört, dass leerstehende Gebäude per Einwohnerbefragung ermittelt werden sollten. Zunächst stand sogar das Scheitern der Vergabe im Raum. Erst auf das Argument aus den Reihen der Fraktion der Rudersberger Bürger, eine Planung zur Innenentwicklung sei Voraussetzung für künftige Flächennutzungspläne, bekam das Projekt eine Mehrheit.